

Forum-Gewerberecht | Sportwetten/Glücksspiel | Sportwetten: Hat Österreich auch die deutschen Glücksspielprobleme?

Autor	Beitrag
-------	---------

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 143 325 206">anders 17.08.2007 11:30</p>	<p data-bbox="352 143 1161 174">Bwin erringt im Kampf gegen Monopol weiteren Etappensieg?</p> <p data-bbox="352 215 660 241">quote-----</p> <p data-bbox="352 246 1449 344">Internet-Sportwettenanbieter Bwin Interactive Entertainment AG hat einen weiteren Etappensieg im Kampf gegen die staatlichen Glücksspielmonopole in Europa (muss wohl Österreich heißen) errungen.</p> <p data-bbox="352 380 1490 479">Das Oberlandesgericht Wien (OLG) hat Ende Juli erkannt, dass das geltende österreichische Glücksspielrecht mit Europäischem Gemeinschaftsrecht nicht vereinbar ist. Ein Urteil, das sich in eine Serie von vorangegangenen Erkenntnissen einfügt.</p> <p data-bbox="352 515 1522 680">Zudem wurde bekannt, dass der deutsche Bundesgerichtshof heute einen Freispruch für einen saarländischen Wettanbieter bestätigt hat. Die Rechtslage bei Glücksspielen sei "unklar" gewesen, der Veranstalter habe sich daher - zwischen 2003 und 2004 - in einem "unvermeidbaren Verbotsirrtum" befunden, bestätigte der BGH-Senat ein Urteil eines Landesgerichtes.</p> <p data-bbox="352 716 1458 815">"Die Politik ist nun am Zuge, eine EU-konforme Rechtslage zu schaffen, die die Realitäten des Internet-Zeitalters berücksichtigt", sagte Thomas Talos, Rechtsanwalt der Bwin, am Donnerstag zu Reuters.</p> <p data-bbox="352 851 1426 1016">Hintergrund des Urteils ist eine Klage der Wiener Omina Communication-Centers GmbH gegen bwin und andere Anbieter. Das Angebot von Poker-, Roulette und anderen Spielen im Internet sei zu unterlassen, weil keine inländische Konzession vorliege, begründete Omnia ihre Klage. Diese Klage war bereits in erster Instanz abgewiesen worden, wurde aber nunmehr in zweiter Instanz vom OLG bestätigt.</p> <p data-bbox="352 1052 1490 1263">Das OLG stellt zwar fest, dass Bwin Glücksspiele anbietet, die laut Glücksspielgesetz eigentlich dem einzigen Konzessionär - der Casinos Austria AG - vorbehalten sind, nimmt aber Bezug auf Urteile des Europäischen Gerichtshofes. Dieser hat im März 2007 festgehalten, dass das Glücksspiel grundsätzlich unter die Dienstleistungsfreiheit falle. Nationale Beschränkungen seien demzufolge zwar zulässig, dürften aber weder unverhältnismäßig noch diskriminierend sein.</p> <p data-bbox="352 1299 1522 1352">Bwin missachte auch nicht vorsätzlich die österreichischen Gesetze, sondern könne dafür "gute Gründe" ins Treffen führen.</p> <p data-bbox="352 1388 1490 1532">"Die Rechtsansicht der Beklagten, die österreichischen Beschränkungen und die daran anknüpfenden Strafbestimmungen seien mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar und deshalb unanwendbar ist nach dem Gesagten vertretbar", schreibt der OLG in seiner Begründung.</p> <p data-bbox="352 1568 1082 1599">Omnia zieht das OLG-Urteil in Zweifel und wird berufen.</p> <p data-bbox="352 1635 772 1666">BWIN SIEHT SICH BESTÄTIGT</p> <p data-bbox="352 1702 1481 1890">Das Urteil ist Wasser auf die Mühlen von bwin, die seit Jahren gegen die Monopole kämpft. Deutschland, Österreich und auch andere Mitgliedsstaaten der EU verteidigen das Monopol stets damit, dass Letzteres effektiver gegen Spielsucht sei. Eine Argumentation, die von Bwin zurückgewiesen wird. Die Monopole täten wenig, um der Spielsucht zu begegnen, die Länder seien in erster Linie an den Einnahmen interessiert.</p> <p data-bbox="352 1926 1347 2024">Innerhalb der EU ist das Thema "Staatliche Monopole" seit Monaten auf der Tagesordnung. Eine Reihe von Mitgliedern wurden von der EU-Kommission aufgefordert, das Glücksspielrecht EU-konform zu regeln.</p> <p data-bbox="352 2060 1481 2136">Kommissionsmitglied Charlie McGreevy hatte Österreich schon im Oktober 2006 brieflich attestiert, dass das Glücksspielgesetz gegen Gemeinschaftsrecht verstößt und</p>

Autor	Beitrag
	<p>eine Neuregelung eingemahnt.</p> <p>Auch Deutschland, wo die Länder mit einem Staatsvertrag ihr lukratives Monopol von 1. Jänner 2008 an einzementieren und Internetanbieter ausschließen wollen, ist unter der Kritik.</p> <p>Erst am 10. August ließ die Kommission Deutschland wissen, dass sie den vorgelegten Entwurf des Staatsvertrags kritisch sieht. Insbesondere das Verbot des Glücksspiels im Internet würde man genau auf die Vereinbarkeit mit dem EG-Vertrag prüfen.</p> <p>- von Christian Gutleederer</p> <p>-----</p> <p>Gefunden unter: http://de.today.reuters.com/news/newsArticle.aspx?type=companiesNews&storyID=2007-08-16T132944Z_01_KOE648562_RTRDEOC_0_STERREICH-BWIN.xml&archived=False</p>

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: